Freitag, 14. August 2015 | Nr. 33 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

EIN VERSTOSS GEGEN DIE RECHTSGLEICHHEIT

## Gratis-Anwälte für Migranten – gaats no?

**Als «flankierende Massnahme zum raschen Verfahren» will der Bundesrat einen «Anspruch auf eine kostenlose Beratung und Rechtsvertretung» für Asylsuchende schaffen. Ein bedingungsloser Anspruch auf kostenlose Rechtsvertretung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten wäre ein absolutes Novum im Schweizer Rechtssystem. Ein solches Recht würde zu einem Anstieg der Beschwerden, längeren Verfahren und massiven Zusatzkosten führen.**

**Gregor A. Rutz**
Nationalrat und
Vizepräsident
SVP Kanton Zürich
Zürich

Das Recht auf unentgeltliche Rechtspflege gibt es in der Schweiz schon lange. Es soll sicherstellen, dass allen Personen der Zugang zur Justiz gewährleistet ist – auch wenn ihnen die notwendigen finanziellen Mittel fehlen. So soll die Rechtsgleichheit gestärkt und auch für mittellose Personen gewährleistet werden. Die Schweizerische Bundesverfassung gewährleistet dieses Grundrecht seit Jahrzehnten. Das Bundesgericht anerkannte es seit 1887 als Teil des Rechtsgleichheitsgebots von Art. 4 aBV. Die nachgeführte Verfassung von 1999 formuliert es explizit in Art. 29 BV.

Dieses Grundrecht ist nicht nur durch die Bundesverfassung, sondern ebenso durch die Europäische Menschenrechtskonvention gewährleistet (Art. 6 EMRK). Die EMRK beschränkt den Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung jedoch auf zivilrechtliche Angelegenheiten und strafrechtliche Belange. Mit der Auffassung, dass der genannte Anspruch auch in sämtlichen öffentlichrechtlichen Verfahren gelte, geht die Schweiz über die Anforderungen der EMRK hinaus.

### Klare Bedingungen

Damit der Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung geltend gemacht werden kann, müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein: Es muss eine Bedürftigkeit des Betroffenen gegeben sein, die Rechtssache darf nicht aussichtslos sein und es muss eine Notwendigkeit der Verbeiständung vorliegen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, ist eine unentgeltliche Rechtsvertretung nach hiesiger Praxis bereits heute (auch in Asylverfahren) möglich. Ebenso besteht in anderen Verfahren zivil-, straf- und öffentlich-rechtlicher Art ein entsprechender Anspruch, wenn die genannten Bedingungen kumulativ erfüllt sind.

### Verstoss gegen die Rechtsgleichheit

Nun will der Bundesrat für Asylbewerber neu einen bedingungslosen Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung schaffen. Die Einführung solcher Gratis-Anwälte für Asylbewerber würde einen Verstoss gegen die Rechtsgleichheit (Art. 8 BV) bedeuten. Die Argumentation, Migranten seien besonders verletzlich und in ihren Grundrechten tangiert, hält einer Prüfung nicht stand: Ein mittelloser Schweizer, der in ein KESB-Verfahren oder ein Verfahren betreffend Fürsorgerische Freiheitsentziehung (FFE) involviert ist, wird in seinen Grundrechten ebenso tangiert, muss obige Bedingungen aber trotzdem erfüllen, wenn er eine unentgeltliche Rechtsvertretung in Anspruch nehmen will.

Mit der Einführung genereller Gratis-Anwälte würde der ursprüngliche Sinn des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtsvertretung ins Gegenteil verkehrt: Statt einer Stärkung der Rechtsgleichheit, würde eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung zwischen Schweizern und Migranten geschaffen.

### Asylgesuche erfüllen Voraussetzungen meist nicht

Wer unentgeltliche Rechtspflege beanspruchen möchte, muss ein entsprechendes Gesuch stellen, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse offenlegen und sich zur Sache als auch zu Beweismitteln äussern. Dies muss auch in Asylverfahren so bleiben, da die notwendigen Voraussetzungen in zahlreichen Fällen nicht erfüllt sein dürften.

Die Bedürftigkeit des Betroffenen dürfte bei Asylbewerbern in vielen Fällen gegeben (oder zumindest kaum überprüfbar) sein. Anders verhält es sich betr. der Nicht-Aussichtslosigkeit der Rechtssache. Wird ein Rechtsbegehren schon zu Beginn eines Verfahrens als aussichtslos eingestuft, kann die Gewährung von unentgeltlicher Rechtspflege abgelehnt werden. Mit Blick auf die Statistik darf davon ausgegangen werden, dass bei einer Anerkennungsquote zwischen 5,5 Prozent (1999) und 25,6 Prozent (2014) eine Vielzahl aussichtsloser Gesuche enthalten sind.

Ebenso steht die Frage der Notwendigkeit der Verbeiständung im Raum. Diese ist nur dann gegeben, wenn der Betroffene, auf sich alleine gestellt, seine Sache nicht hinreichend wirksam vertreten kann.

### Attraktivität der Schweiz weiter steigern?

Die Aussicht auf kostenlosen Rechtsschutz, welcher bedingungslos zugesprochen wird, macht die Schweiz für Migranten noch attraktiver. Warum der Bundesrat diesen Schritt vorschlägt, ist vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen – auch im internationalen Vergleich – unverständlich.

Dies nicht zuletzt auch mit Blick auf die Tatsache, dass die EMRK diese Massnahme nicht fordert und weder die EMRK noch andere völkerrechtliche Verträge Mindestfristen für die Erhebung von Beschwerden postulieren noch die Rechtsprechung eine solche bestimmt. Der Gesetzgeber hätte hier also, wie auch der Bundesrat ausführt, einen erheblichen Ermessensspielraum – der nicht bzw. falsch genutzt wird.

### Nein zu noch mehr Kosten und Aufwand

Dass mit den neuen Regelungen und insbesondere mit der generellen kostenlosen Rechtsvertretung «mittel- bis langfristig substanzielle Einsparungen erzielt» werden können, wie es der Bundesrat ausführt, erscheint höchst fragwürdig. Eher das Gegenteil dürfte eintreffen: Wenn alle Asylbewerber von Anwälten vertreten werden, wird dies zu einem starken Anstieg der Beschwerdeeingaben führen, was die Verfahren verlängert – und nicht etwa verkürzt.

Zusätzliche Beschwerden führen auch zu einer massiven Mehrbelastung der zuständigen gerichtlichen Instanzen, was hohe Zusatzkosten generiert. Die Schweiz hat bereits heute die teuerste Justiz Europas: Im Jahr 2012 haben Gerichte, Bundes- und Staatsanwaltschaften sowie unentgeltliche Rechtspflege den Betrag von 1,6 Mia. Euro verschlungen – eine horrende Summe.

Diese Kosten würden mit der Einführung einer bedingungslosen unentgeltlichen Rechtspflege zweifellos weiter ansteigen, während die Effizienz der Verfahren litte. Auch dies ein klarer Grund, bei der bisherigen Regelung zu bleiben.

> «Die unentgeltliche Rechtspflege bezweckt nicht, sämtliche Prozesse, die ein Mittelloser vom Zaun bricht, mit Steuergeldern zu unterstützen. Erscheint das Begehren schon zu Beginn aufgrund einer ersten oberflächlichen Prüfung als aussichtslos, kann die unentgeltliche Rechtspflege verweigert werden. Nach der konstanten Praxis des Bundesgerichts erscheinen Begehren als aussichtslos, bei denen die Gewinnaussichten beträchtlich geringer sind als die Verlustgefahren und die deshalb kaum als ernsthaft bezeichnet werden können. Nicht aussichtslos ist ein Begehren, wenn sich Gewinnaussichten und Verlustgefahren ungefähr die Waage halten oder jene nur wenig geringer sind als diese. Entscheidend ist, ob sich eine Partei mit ausreichenden Mitteln bei vernünftiger Überlegung zum Prozess entschliessen würde.»
>
> *Stefan Meichssner, Aktuelle Praxis der unentgeltlichen Rechtspflege in: Jusletter 7. Dezember 2009 (Rz. 29)*

Personalleasing

Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft:

- Arbeitnehmer die anpacken können
- In den Branchen Bau, Gartenbau, Holzbau und Landwirtschaft
- Für Tages- Wochen- oder Monatseinsätze

Maschinenring Zürich
Neuwiesenstrasse 5, 8630 Rüti ZH
Tel: 055 251 41 41
personal@maschinenring-zh.ch
www.maschinenring-zh.ch

Schreinerei
Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch

TRÄUME WERDEN WAHR

Unsere Küchen werden individuell nach Ihren Bedürfnissen von uns geplant, in unserer Werkstatt in Mönchaltorf hergestellt und selbstverständlich von unseren Monteuren fachgerecht montiert.

SCHWEIZER!
Bekennt Euch zur Schweiz!

Schweizer Pin

8 x 8 mm
Schmetterlingsverschluss

diskret • zurückhaltend • bescheiden aber eindeutig!

Stück Fr. 8.00
ab 6 Stk. Fr. 7.50, ab 10 Stk. Fr. 7.00
inkl. Portospesen

Bestellung durch Einzahlung auf:
Postcheckkonto: 31-390997-1

V.P. Brunner – 8712 Stäfa

Für 320 Franken können auch Sie hier Ihren Wählern danken, den Kontakt zu ihnen pflegen und neue hinzu gewinnen.

Inserate „Der Zürcher Bote“:
*print-ad kretz gmbh*
Tramstr. 11, 8708 Männedorf
Tel. 044 924 20 70
fredi.kretz@kretzgmbh.ch

Christoph Mörgeli

## *Von Mitleid und Hochmut*

*Es ist die übliche Jubelmeldung von der Entwicklungshilfefront: Am 5. August publizierte die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) ihre aktuelle Information über Bangladesch. Der Grundtenor lautet wie immer. Auch die für 2015 geplanten 32,3 Steuermillionen – letztes Jahr waren es noch 26,7 – sind aufs Sinnvollste eingesetzt: für bessere Lokalverwaltungen, mehr Demokratie, effizientere Berufsbildung. Unser Verwaltungsapparat tut das, was er am besten kann: Er beschäftigt sich auch im Ausland am liebsten mit dem Verwaltungsapparat.*

*Nun ist unsere Deza vollkommen unschuldig, wenn Bangladesch in Südasien ein jährliches Wirtschaftswachstum von erfreulichen fünf Prozent aufweist. Vielmehr setzt das 155-Millionen-Land konsequent auf die Privatwirtschaft als einziges Mittel zur Armutsüberwindung. In der Schweiz kämpfen wir mit dem Nullwachstum – unter anderem wegen ständig steigender Entwicklungshilfeausgaben.*

*Gerade in Bangladesch wäre bei der Entwicklungshilfe Vorsicht geboten. Das weiss jeder Eingeweihte spätestens seit 1985, als Brigitte Erler ihr Buch «Tödliche Hilfe» veröffentlicht hat. Damals kam ausgerechnet die SPD-Politikerin und Mitarbeiterin im deutschen Ministerium für Entwicklungshilfe nach ihren Dienstreisen zum Schluss, dass jegliche staatliche Entwicklungshilfe grundsätzlich schädlich ist. Die Kämpferin gegen Rassismus merkte, dass westliche Entwicklungshilfe im Grunde davon ausgeht, dass die unterstützten Afrikaner und Asiaten «entweder dumm oder faul oder beides sind». Unsere Entwicklungshilfe ist nichts weiter als ein ungeniessbares Gebräu aus Mitleid und Hochmut.*

*Gnadenlos sezierte Brigitte Erler das zynische Zusammenspiel von westlicher Industrie mit den Reichen in den Empfängerländern und der «grossen Interessengemeinschaft von Bürokraten». Sie zeigte, wie unsere Firmen für Bangladesch Tiefbrunnenpumpen liefern durften. Wie die korrupte lokale Oberschicht (Waterlords) sich diese unter den Nagel riss und das Wasser gewinnbringend verkaufte. Wie der über Jahrhunderte ökologisch eingespielte Grundwasserpegel absank und viele tausend Kleinbauern und Fischer in noch grössere Not gerieten. Diese westlichen Wasserpumpen sind nur ein Beispiel. Aber es zeigt besonders drastisch, dass wir vermeintlichen Entwicklungshelfer ziemliche Pumpen sind.*

DER FALSCHEN BOTSCHAFT DES BUNDESRATS ENTGEGENTRETEN

# Neustrukturierung des Asylbereichs: Warum kämpft die SVP für Nichteintreten?

**Wir haben primär ein Eritreer- und «Sommaruga»-Problem. Frau Bundesrätin Sommaruga begeht Arbeitsverweigerung.**

**Hans Fehr**
Nationalrat SVP
Eglisau

### Ausgangslage/Asylwesen aus dem Ruder

- Asylzahlen stark steigend; 2015 wird mit rund 30000 Gesuchen gerechnet; an erster Stelle stehen mit grossem Abstand die Eritreer: letztes Jahr rund 7000 Gesuche gestellt (in Österreich 105!), im ersten Halbjahr 2015 stellten weitere 3800 Eritreer ein Gesuch, mehr als die Hälfte davon im Juni! Sie bleiben praktisch alle hier. (Augenschein in Chiasso)
- Neue Situation: moderne Völkerwanderung/Schlepperindustrie: Wirtschaftsmigranten statt Flüchtlinge, die an Leib und Leben bedroht und verfolgt sind. Bis Ende Juni 2015 kamen: 3800 aus Eritrea, 840 aus Sri Lanka, 781 aus Syrien, 646 aus Somalia, 556 aus Afghanistan.
- Missstand «vorläufige Aufnahme»: von den rund 50000 Personen des Asylbereichs sind 31600 (64 Prozent) «Vorläufige»; davon ist die Hälfte schon über 7 Jahre hier. Aus den sicheren Balkanstaaten stammen (Stand 30.3.15) 3362 vorläufig Aufgenommene, davon sind 2325 seit über 7 Jahren hier. Das sind bekanntlich alles Asylbewerber mit einem rechtskräftig abgelehnten Gesuch; ihre Rückführung ist aber angeblich nicht möglich/zulässig/zumutbar). Sie belasten die Unterbringungs-Kapazitäten und das Sozialwesen enorm.

### Hauptgründe für die Missstände

- Fehlender politischer Wille/fehlendes Durchsetzungsvermögen, um die Probleme zu lösen
- Eritreer-Problem: Volksentscheid vom 9.6.2013 («Dienstverweigerung/Desertion ist kein Asylgrund») wird missachtet. Die detaillierten Abklärungen der dänischen/norwegischen Migrationsämter sowie von Urs von Arb, Vizedirektor des SEM, vor Ort in Eritrea ergaben, dass die Menschenrechtslage wesentlich besser ist als früher und negativ aufgebauscht wird. Frau Sommaruga will diese Berichte nicht zur Kenntnis nehmen (Bericht von Urs von Arb zum blossen «Sondierbericht» degradiert) und ihre Politik der offenen Scheunentore weiterführen.

### Was bringt die «Neustrukturierung des Asylbereichs»?

Nichts. Die vorgeschlagene «Neustrukturierung des Asylbereichs» mit neuen Regionalzentren, in denen die Verfahren angeblich beschleunigt werden, die 6000 Plätze umfassen sollen und auf (vorerst) 550 Millionen Franken veranschlagt werden – eine Kostenexplosion ist vorprogrammiert – ist ein teurer und sogar kontraproduktiver Irrweg.

- Die «Neustrukturierung» löst kein einziges der drängenden Probleme. Im Gegenteil: Das «Asylparadies Schweiz» wird noch attraktiver. Denn 6000 neue Plätze wirken auf Asylbewerber und Schlepper wie eine Einladung, auch in die Schweiz zu kommen.
- Die unentgeltliche Rechtsberatung (sprich Gratisanwalt) macht die Schweiz zusätzlich attraktiv. Holland, mit ähnlichem System, hat eine Beschwerdehäufigkeit von über 90 Prozent. Der Gratisanwalt ist zudem ein Misstrauensvotum gegen die Bundesbeamten, die in einem schwierigen Umfeld gute Arbeit leisten.
- Kantone und Gemeinden – viele sind heute schon am Anschlag – werden zusätzlich belastet.
- Die Lösung der gegenwärtigen Asylmisere wird auf die lange Bank geschoben, denn viele Verfahren werden durch den garantierten Gratisanwalt verzögert. Zudem ist der Bau neuer Zentren zum Teil eine Illusion, weil sich die Bevölkerung (Planverfahren hin oder her) mit allen Mitteln wehren wird.
- Die angebliche Beschleunigung der Verfahren (60 Prozent der Fälle innert 140 Tagen) bringt nichts, wenn der Vollzug nicht funktioniert. Eine Beschleunigung macht nur Sinn, wenn die Bleibequote sinkt und die Rückschaffungen umgehend angeordnet werden. Eine Beschleunigung ist zudem bereits mit den heutigen gesetzlichen Grundlagen möglich.
- Die Neustrukturierung basiert auf der längst überholten Dublin-Annahme (hoher Anteil der Gesuchsteller geht umgehend ins Erstasylland zurück), was bei weitem nicht erreicht wird.
- Die angeblich positiven Erfahrungen im «Testzentrum» Zürich sind eine Beschönigung der Situation unter Spezialbedingungen. So erhalten Rückkehrer in der Regel 2000 Franken ausbezahlt, im Normalfall ist dies die Hälfte.

Die falsche Botschaft, die mit der «Neustrukturierung» nach aussen gesandt wird, lautet: Kommt ins Asylparadies Schweiz. Wir bauen Tausende zusätzlicher Asylplätze. Und jeder bekommt einen Gratisanwalt. Wer einmal da ist, hat alle Chancen, für lange oder für immer zu bleiben.

**Asyl: Konsequentes Handeln statt kontraproduktive Reformen**

**Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) berät am 13./14. August 2015 die Vorlage von Bundesrätin Sommaruga zur Neustrukturierung des Asylbereichs.**

Diese «Neustrukturierung» löst kein einziges der drängenden Probleme im Asylbereich. Im Gegenteil: Das «Asylparadies Schweiz» wird noch attraktiver. Denn 6000 neue Plätze und ein Gratisanwalt wirken auf Asylbewerber und Schlepper wie eine Einladung. Daher hat die SVP in der SPK-N bereits Ende Juni einen Nichteintretens- und einen Rückweisungsantrag eingereicht. Da diese abgelehnt wurden, will die SVP die Asylgesetzgebung in der Detailberatung mit rund 80 Anträgen verbessern.

### Was ist zu tun?

- Konzentration auf die humanitäre Hilfe vor Ort, v.a. in den riesigen Flüchtlingslagern der Türkei, Jordaniens und des Libanon.
- Die richtige Botschaft, die nach aussen gesandt werden muss, lautet: Keiner kann in der Schweiz bleiben, der nicht persönlich an Leib und Leben bedroht ist und verfolgt wird.
- Die hohe Attraktivität der Schweiz für Wirtschaftsmigranten/Scheinasylanten muss massiv gesenkt werden. Es kommen ohnehin nur die Privilegierten, die den Schleppern 4000–8000 Dollar bezahlen können.
- Dazu braucht es u.a. systematische Grenzkontrollen, ein mindestens 1-jähriges Asylmoratorium, geschlossene Empfangs- und Verfahrenszentren, stark eingeschränkte Rekursmöglichkeiten, periodische Überprüfung/massiven Abbau der «vorläufigen» Aufnahmen sowie einen konsequenten Vollzug.

VORSTELLUNG DES POSITIONSPAPIERS

# Für eine einheimische produzierende Landwirtschaft

**Die SVP hat letzte Woche anlässlich einer Medienkonferenz ihr neues Positionspapier zur Landwirtschaftspolitik vorgestellt. Die aktuelle Agrarpolitik 2014/17 benachteiligt die produzierende Landwirtschaft. Dies trifft in erster Linie die bäuerlichen Familienbetriebe und wird dem verfassungsmässigen Auftrag, den die Landwirtschaft für die Schweiz zu erfüllen hat, nicht gerecht. Die SVP setzt weiterhin auf eine Stärkung der produzierenden Familienbetriebe, denn nur ein gesunder Bauernstand kann aus eigener Produktion qualitativ hochwertige Erzeugnisse hervorbringen. Die einheimische produzierende Landwirtschaft muss erhalten und gestärkt werden, weitere Extensivierungen lehnen wir ab.**

SVP. Die SVP verlangt, dass die produzierende Schweizer Landwirtschaft gestärkt wird. Dem Bauernstand muss wieder diejenige Beachtung zu Teil werden, die ihm gemäss Bundesverfassung zugeschrieben wird. Im Zentrum dieser Politik muss der produzierende Familienbetrieb stehen. Die heute einseitig geförderte extensive Landwirtschaftspolitik setzt aus Sicht der SVP völlig falsche Akzente und wird den Ansprüchen hinsichtlich Ernährungssouveränität, Versorgungssicherheit, gesunder Lebensmittel, Raumplanung und Nachhaltigkeit nur unzureichend gerecht.

**Die Ziele und Forderungen der SVP:**

- Die Stärkung der produzierenden Landwirtschaft
- Keinen grenzenlosen Agrarfreihandel und keine Öffnung der weissen Linie
- Milch- und Fleischproduktion im Zentrum der Schweizer Landwirtschaftspolitik
- Keine weitere Extensivierung der Landwirtschaft
- Die Sicherung des bäuerlichen Erwerbseinkommens
- Den Abbau der Agrarbürokratie
- Mehr Planungs- und Investitionssicherheit
- Eine flexiblere Raumplanungsgesetzgebung

### Im Inland produzieren

Die SVP ist der Auffassung, dass die Ernährungssicherheit in erster Linie auf einer soliden und hochwertigen einheimischen Produktion basieren muss, denn eine regionale und gut funktionierende Lebensmittelversorgung ist gegenüber weltweiten Ernährungskrisen weniger anfällig als eine Versorgung, die vom globalen Lebensmittelmarkt abhängig ist. Eine Netto-Selbstversorgung von mindestens 60 Prozent ist daher zwingend. Nur durch eine starke inländisch produzierende Landwirtschaft kann der in Art. 104 BV festgehaltene Auftrag zur Versorgungssicherheit erfüllt werden.

Eine einheimische produzierende Landwirtschaft leistet auch einen entscheidenden Beitrag zur Lebensmittelsicherheit, ein Aspekt, der in der laufenden Diskussion oftmals vergessen geht. Die hohen Standards in der Schweiz garantieren gesunde Lebensmittel. Ausländische Massenproduktion bringt zwar günstigere Preise, aber oftmals auch unerwünschte Nebeneffekte und weniger Lebensmittelsicherheit. In der Schweiz sind die Betriebe kleiner und dadurch überschaubarer.

### Unbeschränkte Öffnung birgt grosse Risiken

Die inländische Produktion von Nahrungsmitteln ist aber auch ökologisch richtig. Saisongerechte, lokal produzierte Lebensmittel weisen beispielsweise eine bessere Energiebilanz aus als Lebensmittel, die über tausende von Kilometern zuerst in die Schweiz transportiert werden müssen.

Eine produzierende Landwirtschaft ist deshalb von staatspolitischer Bedeutung und verdient die nötigen unternehmerischen Handlungsspielräume. Diesbezüglich ist insbesondere bei der überbordenden Bürokratie anzusetzen, der Landwirtschaftsbetriebe ausgesetzt sind. Weniger Bürokratie und Statistikaufwand sowie längerfristige Rechtssicherheit bringen mehr unternehmerische Freiräume.

Im internationalen Kontext setzt sich die SVP gegen einen grenzenlosen Agrarfreihandel und gegen die Öffnung der weissen Linie bei der Milch ein. Eine unbeschränkte Öffnung der Agrarmärkte wäre das Ende einer eigenständigen produzierenden schweizerischen Landwirtschaft. Das derzeitige Chaos auf dem europäischen Milchmarkt zeigt die Auswirkungen einer solch verheerenden Politik in aller Deutlichkeit.

## Mitglieder werben und gewinnen!

**Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?**

Werben Sie deshalb in Ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP. Mit dem Neumitglieder-Wettbewerb können Sie mit Ihrer Ortspartei von Anfang Februar bis Ende November 2015 teilnehmen und tolle Preise gewinnen. Die Hauptpreise gewinnen die Sektion, die bis Ende November am meisten Neumitglieder im Verhältnis zur heutigen Mitgliederzahl gewonnen hat und die Sektion, welche am meisten Neumitglieder (Anzahl) geworben hat.

Der Hauptpreis: Die Sektionen mit den meisten Neumitgliedern gewinnen je 20 Tickets für die Albisgüetli-Tagung 2016.

Um am Neumitglieder-Wettbewerb teilzunehmen, können die bestehenden Mitgliedertalons verwendet werden. Bitte kennzeichnen Sie diese mit einem grossen «W» für Wettbewerb.

Mitgliederkarten bestellen unter 044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch

DRINGEND NÖTIGE ABWENDE DER ENERGIEWENDE

# Neue Kernkraftwerke für sichere Energieversorgung

**Selbst viele bürgerliche Parlamentarier scheuten sich in der letzten Legislatur, für die Kernenergie Stellung zu nehmen. Die «Abwende der Energiewende» muss ein Hauptanliegen sein, dem sich Nationalräte widmen müssen. Einfache Überlegungen zeigen, weshalb.**

**Matthias Hauser**
Kantonsrat SVP
Hüntwangen

Elektrische Energie kann mit einem vernünftigen Aufwand zur Zeit nicht gespeichert werden. Kleinstmengen zwar schon. – Aber nicht das Ausmass, das notwendig wäre, um die fünf Kernkraftwerke der Schweiz (Mühleberg, Beznau 1 und 2, Gösgen und Leibstadt) ohne fossile Energie (Kohle, Gas, Öl) zu ersetzen, also mit Sonnen- und Windenergie. Es braucht Energiespeicher, die immer dann speichern, wenn die Sonne scheint und der Wind weht und immer dann wieder Energie abgeben, wenn der Strom benötigt wird, auch in windstillen Winternächten. Ohne Kernenergie sprechen wir von mehr als der Verdoppelung der Kapazität aller Pumpspeicherseen der Schweiz (= überschwemmte Berglandschaften). Und davon, dass man derart viel Photovoltaikanlagen und Windturbinen installieren muss, dass der konstant anfallende Stromüberschuss tagsüber und bei Wind auch noch reicht, um die Speicher zu füllen. Und gerade bei Pumpspeicherwerken: Alleine das Füllen der Speicher braucht Energie – heute, bei Vollbetrieb – ziemlich genau die Menge, welche das KKW-Mühleberg jährlich produziert. Auch bei der Speicherung in Riesen-Batterien: Heute in Versuchstadien, sie werden heruntergekühlt, sie sind teuer, sie sind zu wenig effizient. Energiespeicherung ohne Energieverlust gibt es nicht.

### Kernenergie-Ausstieg ist Illusion oder hat unerwünschte Folgen

In anderen Worten: Der Ausstieg aus der Kernenergie, welchen der Bundesrat und das Parlament mit der Energiestrategie 2050 beschlossen haben, ist Illusion.

Oder er führt zu einem viel rascheren Verbrauch fossiler Energie, mit entsprechendem $CO_2$-Ausstoss und der energiestrategischen Abhängigkeit von Öl- und Gasländern. Beides sind keine wünschenswerten Entwicklungen.

Natürlich, energieeffizientere Geräte, Gebäudetechnologie, intelligente Netze, die ein wenig Speicherkapazität durch Umlenkung zu anderen Verbrauchern oder Verteilung auf Kleinstspeicher (z.B. Akkus von Elektrofahrzeugen) haben: Das Versorgungssystem wird immer raffinierter, für gleiche Verrichtungen wird man in Zukunft immer weniger Energie benötigen. Auch im Energieverbrauch gilt eine Art ökonomisches Prinzip, das immer angestrebt wird: Eine bestimmte Leistung mit möglichst wenig (Energie-)Aufwand erreichen. Doch dem sind physikalische Grenzen gesetzt. Und 40 Prozent der heute insgesamt verbrauchten Elektrizität lassen sich nicht einsparen. Erst recht nicht übrigens bei steigender Bevölkerungszahl.

### Weder Fördergelder noch Lenkungsabgaben

Die Energiestrategie des Bundes sieht einen Ersatz der heutigen Förderbeiträge durch Lenkungsabgaben vor. Nun, dass die heutigen Förderbeiträge eingestellt werden, macht Sinn: Wir bezahlen einen Mehrpreis auf jeder bezogenen Kilowattstunde Strom – egal wie sie produziert wurde: Dieses Geld wird dann den vielen kleinen und grossen Sonnen- und Windenergieproduzenten pro ins Netz eingespiesene Kilowattstunde bezahlt. Was passiert: Diese schiessen wie Pilze aus dem Boden – vor allem auch in Deutschland – und wenn der Wind über Mittag weht, wird zu viel Strom produziert (den man nicht speichern kann), der Strompreis fällt zusammen und so werden die effizienteren mit Rücksicht auf das Ökosystem betreibbaren Flusslaufkraftwerke für die Stromproduzenten zum Verlustgeschäft. Ebenso die Pumpspeicherkraftwerke: Die Einspeisevergütung (Förderbeiträge auf Solar- und Windenergie) führen dazu, dass die Speicherkapazität nicht ausgebaut wird. Paradox.

Genau so paradox ist es, dass Stromkunden, zum Beispiel der EKZ, zu 100 Prozent Wasser-, Solar- und Windstrom einkaufen – was mit Zertifikaten bezeugt wird, welche vom Kunden bezahlt werden – dass aber physikalisch aus der Steckdose praktisch rund um die Uhr 40 Prozent der Elektronen durch die Generatoren in Kernkraftwerken ins Vibrieren geraten. Den Stromkunden wird etwas vorgegaukelt und es werden Alternativenergiezertifikate bezahlt, die nicht gebraucht werden, weil die Energie zur falschen Zeit zur Verfügung steht.

### Entwicklungsschub der Kernenergietechnologie

Doch Lenkungsabgaben sind genau so schlimm: Da technisch gar nicht möglich ist, was man «erlenken» will, werden durch sie einfach alle, die in der Schweiz auf Energie angewiesen sind, durch Lenkungsabgaben bestraft – ohne, dass damit unsere Energieversorgung wesentlich ökologischer oder sicherer wird. Lenkungsabgaben sind nichts anderes als ein Standortnachteil für den Werkplatz und Wohnort Schweiz.

Die Technologie rund um die Kernenergie hat sich seit dem Bau von Leibstadt (1984) entwickelt. Sie ist sicherer und effizienter geworden. In Finnland wird zur Zeit ein Reaktor der dritten Generation (mit passiven Sicherheitssystemen, anders als in Fukushima oder Tschernobyl) installiert, der das Fünffache des Kernkraftwerks Mühleberg leistet. Und auch betreffend der Entsorgung radioaktiver Abfälle ist man weiter: Man weiss, wie man sie für Jahrhunderttausende lagern kann, sicher, ausser die Geologie startet eine zweite Alpenfaltung oder Ähnliches, Prozesse, die sehr langsam gehen. Die Entsorgungskosten sind finanziert, über den normalen Strompreis, sofern man die Kernkraftwerke bis ans Ende ihrer Lebensdauer nutzt (werden sie früher abgeschaltet, fehlen dem Entsorgungsfonds Einnahmen, nochmals ein Paradox in der Energiestrategie 2050).

Die «Verstrahlung» radioaktiver Elemente ist eine äusserst effiziente Energiequelle: Es wäre unglaublich schade, diese Technologie nicht zu nutzen und nicht weiter zu entwickeln. Andere Länder – selbst Japan, wo der letzte grössere Reaktorunfall stattfand – tun dies übrigens.

Fazit: Ein Ausstieg aus der Kernenergie ist falsch. Richtig wäre im Gegenteil: Der Ersatz der alten Reaktoren durch neue und der Ausbau der Kernkraftwerke.

*Matthias Hauser ist Nationalratskandidat der SVP und Gemeindepräsident in Hüntwangen.*

INSERAT

# Stopp dem Asylchaos

**Öffentliche Veranstaltung, Samstag, 15. August 2015, 10.00 Uhr, im Hotel Marriott Zürich**

**Neumühlequai 42,**
**vom Hauptbahnhof mit Tram 14/11**
**(Richtung Seebach/Auzelg)**
**bis Haltestelle Stampfenbachstrasse**
**(Türöffnung 9.00 Uhr)**

Jedermann ist herzlich eingeladen!

**Christoph Mörgeli:**
- Das Wesen der Schweizer Asyltradition

**Christoph Blocher:**
- Eine wirkungsvolle Asylpolitik - Erfahrungen aus dem Bundesrat

**Roger Köppel:**
- Wie weiter? Die Schweiz und die illegale Migration

Und in den Ständerat:
**Hans-Ueli Vogt**

Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

DER AKTUELLE VORSTOSS

# Mängel, Personal und Fallzahlen bei den KESB

**Seit dem 1. Januar 2013 sind die früheren Vormundschaftsbehörden durch die neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden abgelöst worden.**

Zahlreiche KESB-Filialen verzeichnen innert dieser beiden Jahre bereits zahlreiche Personalwechsel, manche Stellen blieben zeitweise unbesetzt. Zudem mussten diverse Mängel im System festgestellt werden.

Deshalb bitten **Barbara Steinemann** (SVP, Regensdorf), **Roman Schmid** (SVP, Opfikon), und **René Truninger** (SVP, Illnau-Effretikon) den Regierungsrat um die Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Wie viele Personalwechsel verzeichnet die KESB seit ihrer Entstehung? Wie viele Stellenprozente blieben wie lange unbesetzt? Wie ist der Personalbestand aller KESB in Prozent seit Beginn per 1.1.2013 und per Ende 2. Hälfte 2015?
2. Innert welcher Bandbreite befinden sich die Löhne der KESB-Präsidien?
3. Sind die EDV-Systeme der 13 KESB-Filialen aufeinander abgestimmt? Wer ist verantwortlich für die Beschaffung der Computersysteme und deren Harmonisierung untereinander?

In der Anfrage KR-Nr. 304/2014 wird die Frage nach der Kostensteigerung mit dem Hinweis umgangen, die Gesamtkosten würden sich aus den vier Kategorien Behördenorganisationskosten, Verfahrenskosten, Kosten für die Massnahmenführung sowie für den Massnahmenvollzug ergeben. Es muss indes möglich sein, zumindest einzelne Kategorien davon miteinander zu vergleichen, so beispielsweise die früheren Aufwendungen der 171 Gemeinden für das Vormundschaftswesen und die Aufwendungen der heutigen 169 Gemeinden, die sie an die KESB zahlen müssen. Im Kanton Baselland war dies ebenfalls möglich: So hatte die «Basler Zeitung» am 26. September 2014 unter dem Titel «Sozialausgaben treiben Gemeinden in den Ruin» eine Umfrage unter den Gemeinden gemacht, welche die von diesen bezahlten Kosten beziffert. Daher noch einmal die Frage nach den kommunalen Kosten vor und nach dem Systemwechsel.

4. Wie hoch sind die jährlichen Kosten für die südlichen Gemeinden des Bezirks Bülach (Opfikon, Kloten, Bassersdorf, Dietlikon, Wallisellen, Winkel) sowie die Furttaler Gemeinden Regensdorf, Buchs, Dällikon und Otelfingen im Vergleich zum bisherigen System der sog. Laienbehörden mit juristischen Sekretären, also in den Jahren 2012 bis 2014?

Im Kanton Thurgau haben die Fallzahlen im Kindes- und Erwachsenenschutz kontinuierlich aber steil zugenommen: Gab es 2010 noch 2210 Fälle, so waren es Ende 2013 3890 Fälle. Dies geht aus einer parlamentarischen Anfrage hervor.

5. Es ist nicht genau klar, warum andere Kantone im Stande sind, die Entwicklung der Fallzahlen zu benennen und der Kanton Zürich nicht. In der Antwort auf Frage 1 in der Anfrage KR-Nr. 304/2014 wird diese angebliche Unmöglichkeit mit der unterschiedlichen Terminologie begründet, die eine Vergleichbarkeit verhindere. Daher nochmals die Frage: Wie entwickelten sich die Fallzahlen zwischen 2010 und 2014 im Kanton Zürich?
6. Wie viele Obhutsentzüge waren in den Jahren 2009, 2010, 2011, 2012, 2013 und 2014 im Kanton Zürich zu verzeichnen?

SVP BEZIRK ANDELFINGEN: GUT BESUCHTER SOMMERABENDPLAUSCH IN RHEINAU

# Spannende Klostergeschichte eindrucksvoll entdeckt

**Der traditionelle Sommerabendplausch der SVP Bezirk Andelfingen führte in diesem Jahr am Donnerstagabend auf die Klosterinsel Rheinau. Dabei wurde man in die spannende Geschichte des Klosters eingeweiht.**

RoMü. Die SVP Bezirk Andelfingen lädt jeweils in den Sommerferien zu einem eher unpolitischen öffentlichen Sommerabendplausch ein. In diesem Jahr führte dieser nach Rheinau, wo die Klosterinsel im Zentrum stand. Nach dem Apéro in der Weinloge der Staatskellerei stand der Übertritt auf die Klosterinsel an, wobei die SVP das Zepter dem sehr bewährten Führungsduo Margrit Sutter und Werner Senn übergab. Mitten auf dem grossen Innenhof der Klosterinsel vor dem mächtigen Kirchenportal und den beiden Türmen: «Eine Urkunde erwähnt erstmals 844 das Kloster Rheinau. Doch dieses wird nicht ganz stimmen, da die Urkunde wahrscheinlich gefälscht ist» hielt Werner Senn einleitend fest. 1114 wurde die erste romanische Basilika geweiht. Es dauerte dann fast 600 Jahre, bis wieder intensiv gebaut wurde. Zuerst liess Abt Gerold II. Zurbuchen den rechten Turm erstellen. Erst mit Abbruch der alten Kirche und Neubau der heutigen Kirche mit der Weihe 1710 wurde der zweite Turm ganz im Erscheinungsbild des ersten erstellt.

Einen ersten Niedergang erlebte das Kloster während der Reformation. «1529 mussten die damals vier Mönche das Kloster verlassen und konnten erst wieder 1932 zurückkehren», liess Senn wissen. Das eigentliche erste Aus kam aber während der Wirren während der Besetzung durch die Franzosen um 1798. Doch der Reichtum an Ländereien im Süddeutschen Raum machte diese Pläne zuerst zunichte. Denn diese Güter wären im Fall einer Aufhebung entschädigungslos an die neuen Besitzer übergegangen. Dabei ging es um einen auf die heutige Zeit umgerechneten Gegenwert von deutlich mehr als 10 Milliarden Franken. Deshalb wurde um 1803 während der Mediationszeit das Kloster wieder hergestellt und samt dem Städtchen Rheinau dem Kanton Zürich zugeschlagen. Nachdem man 1836 dem Kloster verbot, Novizen aufzunehmen, kam der langsame Tod des Klosters. Mit Beschluss des Zürcher Kantonsrates 1862 wird das Kloster aufgehoben und in eine Anstalt und spätere Klinik umgewandelt.

Auch die einstige Klosterbibliothek dient heute als Übungsraum.

### Musikinsel bringt Leben

Es war 2003, als mit dem Einzug des «Haus zur Stille» wieder etwas Leben auf die verwaiste Insel kam. Doch es dauerte nochmals über 10 Jahre, bis das Projekt Musikinsel umgesetzt werden konnte. Die von Alt Bundesrat und Unternehmer Christoph Blocher gegründete Stiftung, welche er zugleich mit 20 Millionen Franken dotierte, brachte Bewegung in die Neunutzung der Insel. Im ehemaligen Schulteil des Klosters ist eine Infrastruktur für die Musik entstanden. Insgesamt 16 Proberäume und 63 Gästezimmer mit 120 Betten sind entstanden. Doch ganz gratis ist die Musikinsel nicht eingemietet. «Sie zahlt eine Miete von über 300 000 Franken im Jahr», ruft Senn in Erinnerung. In den verschiedenen Proberäumen finden die Musiker ideale Infrastrukturen vor. «Wir dürfen mit dem Musikverein Rheinau auch diesen grossen Musiksaal zwischendurch als Proberaum nutzen. Dabei dürfen wir die eindrucksvolle Qualität rund um beste Akustik selber auch erleben», schwärmt Senn seiner Gruppe vor. Dann führt der Rundgang durch die ehemalige Bibliothek und den Hoteltrakt in den Innenhof des Klostertraktes. Nach dem Abbruch der Küche ist dieser nun wieder so hergerichtet, wie es zu Klosterzeiten war. Eindrucksvoll ist das Refektorium in die Nutzung eingeschlossen worden. Der ehemalige Speisesaal im Kloster mit seiner Kassettendecke dient der Musikinsel auch wieder seinem ursprünglichen Zweck.

Mit vielen gewonnenen und auch erlebten Eindrücken verliessen die Gäste dann die Insel, um im Garten des Gasthauses Salmen bei angenehmen sommerlichen Temperaturen den Sommerabend ausklingen zu lassen. Was wäre wohl bisher aus der seit dem Jahr 2000 verwaisten Klosterinsel Rheinau geworden, wenn nicht Christoph Blocher mit seinem unermüdlichen Einsatz dafür gesorgt hätte, dass wieder Leben auf die Insel kommt. Und dies in einem politischen Umfeld in Rheinau, wo eine Mehrheit politisch nicht hinter Blocher steht und ihn oftmals in die Wüste geschickt hätte. Doch es zeigt sich auch eine weitere Weisheit. Kommt Christoph Blocher mit einem vollen Geldbeutel, dann ist er auch in jenen Kreisen durchaus willkommen.

Die Teilnehmer am Sommerabendplausch vor der eindrucksvollen Kulisse der Klosterkirche.

LERNEN VON DEN ALTEN EIDGENOSSEN

# «Höchste» 1.-August-Rede in der Surselva

**Wenn ich hier die grossartige Bergwelt erlebe und meinen Blick in die tief unter uns liegenden Täler der Surselva schweifen lasse, so befällt mich ein Gefühl von Dankbarkeit. Während wir hier oben die Schweiz, und damit uns, feiern, brennt es anderswo lichterloh. Der Gegensatz zwischen Orient und Abendland scheint so bedrohlich wie selten zuvor, die Migrationsströme nach Norden sind ungebrochen, Russland hat sich aus der internationalen Völkergemeinschaft verabschiedet. Ist es da zeitgemäss, in Kategorien des Nationalstaates zu denken?**

**Dr. iur. Wolfram Kuoni**
Rechtsanwalt / Unternehmer
Nationalratskandidat SVP
Herrliberg

Ist der Nationalstaat, wie er im 19. Jahrhundert entstand, noch das richtige Gefäss, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu meistern? Ist es nicht antiquiert, wenn wir im Zeitalter der globalen Probleme und globalen Lösungsansätze hier oben auf 1618 M.ü.M. den Nationalstaat Schweiz feiern? Oder anders gefragt: Ist das Dasein als Insel der Glückseligen in einem tosenden Meer ein nachhaltiges Konzept für die Schweiz?

### Gelebte Verantwortung

Nun, trotz aller Globalität: Verantwortung beginnt im Kleinen. Bei sich selber, in der Familie, im Betrieb. Jeder und jede soll seine Verantwortung wahrnehmen, nach dem eigenen Wertekompass, in seinem und ihrem Umfeld. Was für uns alle einzeln gilt, gilt auch für die Summe von uns allen, die Schweiz. Die Globalität vieler Herausforderungen dispensiert uns nicht davon, im Kleinen, Überschaubaren, Beeinflussbaren zu wirken. Hier ist gelebte Verantwortung möglich, nicht bloss proklamierte. Oder frei nach Ghandi: «Be the change that you wish to see in the world.»

Und wir alle wissen es: Das Bild der Schweiz als Insel ist überzeichnet: Die Schweiz ist keine Insel und ist es nie gewesen. Sie liegt mitten in Europa, hat Kriege erlebt und bestritten. Sie ist heute wirtschaftlich mit der Welt so eng verflochten wie nie zuvor in ihrer Geschichte. 70 Prozent aller in unserem Land produzierten Waren und Dienstleistungen werden exportiert, die im SMI-erfassten grössten schweizerischen börsenkotierten Gesellschaften gehörten mehrheitlich ausländischen Investoren. Wir sind Mitglied der UNO und Signatarstaat der WTO. Und mit der EU verbinden uns über 160 Verträge – ein Inseldasein sieht anders aus.

Die Schweiz handelt gewissermassen nach der Maxime: «So viel Nationalstaat wie möglich und so viel Internationalität wie notwendig.» Es ist ein Weg, nationale Probleme national und internationale Probleme im Rahmen internationaler Netzwerke anzugehen. Dieser Weg braucht sowohl eine wettbewerbsfähige, starke, unabhängige Schweiz wie auch eine solidarische, international engagierte Schweiz. Dabei gilt: Nur eine starke Schweiz kann sich draussen in der Welt nachhaltig für mehr Gerechtigkeit engagieren.

Bündner Rigi auf 1618 Meter. Hier wurde von Wolfram Kuoni die wohl höchste 1.-August-Rede gehalten

Bei allen Aktivitäten ist stets den staatsrechtlichen Besonderheiten unseres Landes Rechnung zu tragen. Jedes Land hat seine Besonderheiten. Die unsrigen sind insbesondere die direkt demokratischen Instrumente und der Föderalismus.

### Ringen um die Schweiz

Die direkte Demokratie ist eine über Generationen errungene Form der Gewaltenkontrolle. Alles staatliche Handeln steht gewissermassen unter dem potentiellen Veto des Volkes, des Souveräns. Dabei heisst bei uns das Volk der Souverän, nicht der Staat wie etwa in Frankreich. Und die schiere Existenz der direkt-demokratischen Instrumente übt eine mässigende Wirkung im politischen Prozess aus: Bei einseitigen Lösungen drohen Referenden von links oder rechts. Das Parlament weiss dies. Tragen wir Sorge, dass diese grossartigen, ich darf sagen einmaligen demokratischen Mitwirkungsrechte nicht zu Marketing-Instrumenten von mächtigen Interessensgruppen oder Instrumenten der Blockade und der politischen Folklore werden.

Der Föderalismus seinerseits resultiert in einem Staatsaufbau von unten nach oben. Probleme sollen dort gelöst werden, wo sie entstehen. Obwohl von der schieren Komplexität vieler Fragen herausgefordert, lebt der Föderalismus. Er stiftet Identität, Vertrauen, Verwurzelung, weil Heimat im Kleinen beginnt. Auch ihm gilt es Sorge zu tragen, ihn behutsam weiterzuentwickeln. Die vielen Gemeindefusionen auch hier in der Surselva und im Lugnez sind Ausdruck einer solchen intelligenten, pragmatischen Weiterentwicklung.

Und für diese Wahlen gilt: Es gibt keine guten und schlechten Schweizer und Schweizerinnen. Es gibt nur Schweizer und Schweizerinnen, die alle um ihre Schweiz ringen, mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Idealen, unterschiedlichen Lebenswegen und Rezepten. Die Wunden des Sonderbrundskrieges sind längst verheilt. Lasst uns nicht neue Gräben künstlich aufreissen, nur zwecks Bewirtschaftung vermeintlicher Probleme. Unser Land lebt nur vom Kompromiss, vom Dialog, vom Zuhören, vom Respekt für den anders Denkenden. Nur auf einem solchen Fundament können Direkte Demokratie und Föderalismus gedeihen. Auch das können wir lernen von den alten Eidgenossen.

INSERAT

ENTHALTSAMKEITS-STAAT AUF DEM VORMARSCH

# Müeslirat Berset

**Die Schlacht gegen die Raucher hat die Politik beinahe gewonnen. Nun sagt Bundesrat Alain Berset dem Zucker in Jogurts und Müeslis den Kampf an. Woher kommt eigentlich die Zwangsneurose der Politik, in immer mehr Bereiche unseres Privatlebens eingreifen zu wollen?**

**Oliver Kessler**
Nationalratskandidat JSVP Zürich

«Dein Körper gehört deiner Nation, du bist ihr dafür verantwortlich!», hiess es in der Nazi-Fibel mit dem Namen «Gesund durch richtige Ernährung». Insbesondere an die Kinder in der Hitlerjugend richtete sich das in Millionenauflage publizierte Büchlein. Den Nationalsozialisten ging es dabei vor allem um die Steigerung der militärischen Leistungsfähigkeit der eigenen Bevölkerung zwecks der Durchsetzung der Interessen der Classe politique. Als Volksschädling galt, wer sich nicht an die Ernährungsempfehlungen der Herrscher hielt: «Ernährung ist keine Privatsache!», lautete das mit erhobenem Zeigefinger verkündete Credo.

Der deutsche Journalist Alexander Neubacher brachte in seinem Buch «Total beschränkt» erhellend auf den Punkt, welche Eigenschaft totalitäre Systeme miteinander gemein haben. Er schrieb: «Offensichtlich neigen totalitäre Regime dazu, den Körper des Bürgers als Kollektiveigentum zu betrachten.»

### Volksernährung

Bundesrat Alain Bersets Ziel dürfte es wohl weniger sein, die militärische Leistungsfähigkeit der Schweizer fördern zu wollen. Trotzdem steckt hinter dem Druck, den er auf Lebensmittelhersteller und Detailhändler ausübt, den Zuckergehalt in Jogurts und Müeslis zu reduzieren, ein totalitärer Geist. Nämlich der Grössenwahn, dem Volk eine «richtige» Ernährung vorzuschreiben. Der Vorsteher des Eidg. Departements des Innern (EDI) sprach zwar offiziell von einem «freiwilligen Aktionsversprechen auf nationaler Ebene». In Tat und Wahrheit dürfte es sich wohl aber um einen Druckversuch der Politik handeln: Entweder ihr macht das freiwillig, oder wir wenden schon bald gesetzlichen Zwang an. Bereits in zwei Jahren erfolge gemäss Berset eine erste Bilanz.

Ob man nun persönlich gerne zuckerhaltige oder zuckerarme Produkte konsumiert, ob man persönlich einen sportlichen oder eher genussorientierten Lebensstil pflegt, ist für die Beurteilung dieses politischen Aktivismus im Bereich unserer Ernährungsgewohnheiten nicht erheblich. Denn bald schon wird sich der Enthaltsamkeits-Staat wohl auch auf andere Lebensbereiche ausdehnen. Und dann wird es auch Nicht-Zucker-Konsumenten treffen. Es geht nicht um die Frage, ob ein gesunder Lebensstil etwas Gutes ist oder nicht. Niemand wird heute zu einem ungesunden Lebensstil gezwungen. Nein, es geht um eine entscheidendere Frage: Es geht darum, ob die Bürger noch selbst bestimmen können, welches Leben sie führen möchten und welche Ziele sie sich selbst setzen.

Es ist wohl nur noch eine Frage der Zeit, bis wir darüber diskutieren, ob wir zur Steigerung der Volksgesundheit nicht ein generelles Rauch-, Fett- und Salzverbot einführen sollen, ob wir die Bevölkerung zu Sport und Bewegung zwingen müssen, ob der wöchentliche Menüplan durch das Gesundheitsdepartement auf Kalorienhöchstwert-Überschreitungen überprüft werden sollte etc. Kontrolliert der Staat bald schon mit Überwachungskameras, ob wir in einem Gebäude die Treppe oder den Lift nehmen? Gilt für Kurzstrecken bald schon ein Autofahrverbot und das Spaziergebot? Alexander Neubacher meint zu diesen immer totalitäreren Tendenzen sarkastisch: «Vielleicht erleben wir ja bald eine Renaissance der Reichskartoffelstelle, die vor 100 Jahren jedem Bürger eine gesetzlich festgelegte Ration an gesunden Grundnahrungsmitteln zuteilte.»

### Vom Sozialstaat in den Totalitarismus

Auch wenn man selbst einen gesunden Lebensstil bejaht: Andere Menschen dazu zu zwingen, ist aus ethischen Gründen falsch.

Woher kommt der Drang der politischen Klasse, unseren Körper als Eigentum des Staates zu betrachten? Woher kommen die Bestrebungen der Politik, dem Volk vorschreiben zu wollen, wie viele Kalorien und wie viel Bewegung gut sind?

Ursache für den angestrebten oder teilweise bereits realisierten Freiheitsentzug durch die Politik ist die Verstaatlichung des Sozialen – was im sog. Sozialstaat mündete. Vor der Errichtung des Sozialstaats wurden gesellschaftlich wünschenswerte Funktionen wie etwa die Hilfe an Bedürftige, die Altersvorsorge und die Gesundheitsvorsorge noch von Privaten erbracht. Im Laufe des 20. und 21. Jahrhunderts wurden diese Funktionen nach und nach in die Verantwortung der Politik überführt. Die Bürger wurden zunehmend entmündigt. Man mutet ihnen heute kaum noch zu, dass sie sich eigenverantwortlich gegen Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Unfall absichern könnten. Vielmehr zwingt die Politik heute die aus ihrer Sicht unbeholfenen Untertanen in überteuerte und risikobehaftete Sozialversicherungen.

### Krankenkassen-Zwang führte zu steigenden Prämien

Um ein Beispiel zu nennen: Das kollektivistische Krankenkassen-Obligatorium wurde in der Schweiz 1996 eingeführt – mit lediglich 51,8 Prozent Zustimmung der Stimmbürger. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 97 Prozent der Schweizer freiwillig versichert – anstelle von Zwang liess sich die Bevölkerung mit Anreizen überzeugen.

Bei der Einführung des Krankenkassen-Zwangs ging es nicht um den vorgeschobenen Vorsorgegedanken, wie die äusserst niedrigen Franchisen und Selbstbehalte im Namen der «Solidarität» zeigen. Es ging um die Durchsetzung gleichmacherischer Ideologie. Und immer dann, wenn den Menschen die freie Wahl genommen und Zwang angewendet wird, sinkt die Qualität des Angebots, steigen die Preise – oder beides zusammen. Natürlich haben wir noch die Wahl zwischen verschiedenen Krankenkassen-Anbietern. Aber die Wahl, ob und in welchem Umfang wir uns versichern wollen, haben wir nicht mehr. Diese Wahl ist durch staatliche Zwängerei ersetzt worden – mit desaströsen Folgen: die Krankenkassen-Prämien steigen unaufhaltsam.

### Weg in die Knechtschaft

Seit Einführung des Krankenkassen-Zwangs haben sich die Kosten der obligatorischen Krankenkassenversicherung von 11 auf über 20 Milliarden Franken pro Jahr praktisch verdoppelt. Die Anzahl der Bezüger hat sich von 23 Prozent 1996 auf heute rund 30 Prozent erhöht. Es findet wegen den geschaffenen Fehlanreizen ein Überkonsum der Gesundheitsleistungen statt. Die Versicherten lassen sich die Behandlungen heute gerne etwas kosten, da sie ihre hohen Prämien einträglich machen möchten.

Der Aufbau des Sozialstaats – in anderen Worten: die Verstaatlichung des Sozialen – war für den Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek ein «Weg in die Knechtschaft». Pierre Bessard, Direktor des Liberalen Instituts, führt die Gedanken von Hayek im Buch «Sackgasse Sozialstaat» am konkreten Beispiel des Krankenkassen-Zwangs aus:

«Der eskalierenden Kostensteigerung im Gesundheitswesen begegnet die Politik nun mit zunehmend interventionistischen ‹Kostensenkungsmassnahmen›, die zu einer Bürokratisierung und Gängelung der Leistungserbringer und Schritt für Schritt zu einer impliziten Rationierung der Leistungen führen. Mit anderen Worten: Die Politik versucht verzweifelt und mit unbrauchbaren Methoden jene Schäden zu beheben, die sie durch falsche institutionelle Anreize selbst geschaffen hat. … Die Sozialdemokraten reagieren derweil auf die nicht enden wollenden Finanzierungskrisen im Gesundheitssystem mit der Forderung nach einer noch weitergehenden Verstaatlichung des Angebots. Ein Zeichen erschreckender Realitätsverweigerung.»

Sozialdemokrat Alain Berset reagiert allerdings nicht nur mit angestrebter Verstaatlichung des Angebots. Auch den Konsumenten von Gesundheitsleistungen soll es wohl bald an den Kragen gehen. Da jeder Bürger ein potenzieller Bezüger von Gesundheitsleistungen ist und damit zum Anstieg der Krankenkassenprämien beitragen könnte, will man nun offensichtlich damit beginnen, den Lebensstil der Menschen auf ihre Gesundheitstauglichkeit und Systemkompatibilität zu überprüfen. Nach dem Sozialstaat tritt nun deshalb der Enthaltsamkeits-Staat auf den Plan – auf Kosten der Freiheiten der Bürger, für dessen Schutz der Staat eigentlich zuständig wäre.

### Der Selbstbestimmung Priorität einräumen

Den Rauchern hat der Staat bereits gestern den Krieg erklärt. Die abschreckenden Bilder auf Zigarettenpäckchen zeigen, dass es dabei nicht nur um den Schutz von Nichtrauchern geht, sondern auch um den Schutz der Raucher vor sich selbst. Heute soll es den Zucker-Konsumenten an den Kragen gehen. Und morgen?

Der Sozialstaat ist – das muss man so deutlich sagen – gescheitert. Dies verdeutlicht auch die Intervention von Bundesrat Berset einmal mehr. Hat der Bundesrat keine dringenderen Probleme zu lösen? Die Verfassung muss baldmöglichst dahingehend geändert werden, dass Selbstbestimmung und Eigenverantwortung wieder anstelle von erzwungener Solidarität und Zwangs treten. Ansonsten ist uns die paternalistische Diktatur sicher.

*Olivier Kessler ist Nationalratskandidat der Jungen SVP und stv. Chefredaktor der «Schweizerzeit».*

LESERBRIEF

## Unsere Bundespräsidentin tritt die direkte Demokratie mit Füssen

*Sommaruga macht sich zur Anwältin der Eritreer, NZZ, 7. August 2015, Markus Häfliger*

Wir finden es eine Ungeheuerlichkeit, wenn unsere oberste Hüterin des Asylchaos, Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga, die Sorgen und Einwände – betreffend Flüchtlingsaufnahme – der Kantonsvertreter Luzern und Schwyz, aber auch vieler Gemeinden mit Füssen tritt. Dabei haben die Bürger schon längst durchschaut, dass im Fall von Eritrea nicht nur berechtigte Flüchtlinge Asyl beantragen, sondern auch massenhaft illegale Migranten ins Land drängen (Militärdienstverweigerer). Mit der viel beschworenen humanitären Tradition unseres Landes hat dies nichts zu tun. Mit Füssen tritt Sommaruga insbesondere die direkte Demokratie, wenn sie den Klagenden gegenüber einfach falsche Annahmen unterstellt bzw. ein Entgegenkommen strikte ausschlägt. Hat nicht die gleiche Bunderätin am ersten August auf dem Rütli verkündet, dass wir zur direkten Demokratie Sorge tragen sollen? Wir gehen davon aus, ja hoffen, dass Kantone und Gemeinden, die ins Fadenkreuz unserer Asyl- bzw. Migrationsverwaltung gelangen, berechtigten Widerstand gegen die Aufnahme von illegalen Migranten leisten. Das sich Wehren ist nicht fremdenfeindlich, es hat vielmehr mit direkter Demokratie zu tun.

Anstelle von Moralisieren und Dramatisieren der Protagonisten in der Flüchtlingsverantwortung wäre endlich ein entschiedenes Handeln angebracht, um die belastenden Folgen sprich: die explodierende Asylindustrie einzudämmen. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang, was Bundesrätin Sommaruga beziehungsweise die Behörden gegen die Schlepperbanden unternehmen. Mit der laschen Asylpraxis werden diese Banden – die auch von der Schweiz aus operieren – geradezu animiert, Leute in die Schweiz zu schleusen. Dies erst recht, wenn sie das Sommaruga-Statement genüsslich lesen, «es sei undenkbar, Menschen nach Eritrea zurückzuschicken».

Karl und Johanna Meier-Zoller, Effretikon

INSERAT

Einladung zum Wahlkampfauftakt

20. August 2015, 18 Uhr | Miller's Studio Tiefenbrunnen, Seefeldstrasse 225, 8008 Zürich

PROGRAMM

Ab 18:00 Uhr Apéro
18:30 Uhr Begrüssung
Wolfram Kuoni und Andreas Thiel
19:00 Uhr Vorspeise

19:30 Uhr Rede Wolfram Kuoni
19:45 Uhr Hauptgang und Dessert
21:30 Uhr Ende der Veranstaltung
Musik: Trio Robin Mark

Um Antwort wird gebeten bis 17. August 2015: www.wolframkuoni.ch/auftakt, per Telefon +41 43 466 60 60 oder per Mail an nr-kandidat@wolframkuoni.ch

Liste 1 wählen

www.wolframkuoni.ch 2x auf Ihre Liste! Und in den Ständerat: Hans-Ueli Vogt

**Fadegrad**

von
Roland Scheck

## *Freiräume*

*Die Binz war stets ein Arbeiter- und Wohnquartier. Sie blieb lange Zeit von den Auswüchsen linksgrüner Politik verschont. Sogenannte Aktivisten und kreative Freiräume suchte man vergebens. Kurzum: Die Binz passte so ganz und gar nicht ins Bild einer Stadt, deren Regierung den Linksextremismus als «interessante Ergänzung» würdigt. Wohl nicht zuletzt deswegen ist heute alles anders geworden. Der Lebensqualität scheint der Kampf angesagt worden zu sein. Die Stadt toleriert, dass linke Chaoten das Binz-Areal besetzen, duldet Ausschreitungen und Plünderungen und lässt Saubannerzüge durch das Quartier ziehen.*

*Ist die «Familie Schoch» gerade mal nicht zu Besuch, werden die Quartierbewohner durch illegale Partys vom Wirz-Areal und von der Grubenstrasse her beschallt. Die Liegenschaft Grubenstrasse 15 ist zu einem temporären Kulturareal umgenutzt. Im oberen Stock finden Veranstaltungen statt und im Parterre befindet sich die «Milchbar». Der Augenschein vor Ort zeigt: Geht es um Freiräume für die eigene Klientel, gibt sich die Stadt wie immer auf dem linken Auge blind. Öffnungszeiten, Lärmvorschriften, Brandschutzmassnahmen und Hygienestandards gelten nur für die anderen. Der Veranstalter hat die Anwohner in einem Schreiben hingewiesen, dass eine kulturelle Nutzung es mit sich bringen würde, dass «Leute zusammentreffen und sich ausgelassen unterhalten, sowie gelacht und musiziert wird». In der Realität gestaltet sich dies wie folgt: In und vor der Lokalität wird von Donnerstag bis Sonntag durchgefeiert. Laute Konzerte und bis zu 150 Personen, welche sich lärmend im Freien aufhalten, rauben den Anwohnern den Schlaf. Eine Betriebsverlängerung besitzt das Lokal nicht, trotzdem wird die Nacht zum Tag gemacht. Die Lärmklagen wurden von der Polizei einfach abgetan. Ohne einen Augenschein vor Ort zu nehmen, erklärte man den entnervten Anwohnern, dass sich das Kulturlokal bestimmt an die Regeln halten würde. Die Kreiswache verwies die Anwohner an die Wirtschaftspolizei, welche die Übergangslösung bewilligte. Auch die Wirtschaftspolizei besass keine Kenntnis der Zustände vor Ort, zeigte sich aber überzeugt, dass das Restaurant seine Gäste jeweils um 23.00 Uhr ins Lokal zurückholen und um Mitternacht schliessen würde.*

*Illegale Partys, eine ausser Kontrolle geratene Kulturszene, grölende Horden und eine Polizei in Vogel-Strauss-Stellung, so scheint sich Zürichs linke Stadtregierung die Freiräume in den Quartieren vorzustellen. Die Bewohner des Binzquartiers sehen dies aber anders. Denn dort sind Menschen, die arbeiten und ein Anrecht auf ihre Nachtruhe haben. Auch wenn es die eigene Wählerbasis nicht goutieren könnte, sei der Stadtrat gebeten, Folgendes zu lernen: Menschen, die ihren Job machen, brauchen keine rechtsfreien Räume, sondern Ordnung.*

OFFENER BRIEF

**Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger**

Mein Name ist Balazs Gyorgy und ich bin ein Schweizer Unternehmer in der Schönheitsbranche. Wie Sie alle lesen können, steht kein klassischer Schweizer Name in meinem Pass.

Als ich 8 Jahre jung war, flüchteten meine Eltern vor dem repressiven, sozialistischen Regime in Ungarn über Österreich in die Schweiz. Nach jahrelangen Schikanen durch die damalige Polizei und das damals herrschende System in Ungarn und etlichen Hausdurchsuchungen bei uns zu Hause, hielten es meine Eltern nicht mehr aus und entschieden sich, ihre Flucht in den gelobten Föderalismus im Geheimen zu planen.

Mein Vater wurde beschuldigt, als semistaatlicher Unternehmer in der Gastronomie durch seine harte Arbeit sein wohlverdientes Geld nicht ausnahmslos an den Staat abzuliefern, sondern für sich zu behalten. Eines Tages flüchteten wir über Ex-Jugoslawien und Österreich in die Schweiz, ohne dass ich/wir/uns von meinen geliebten Grosseltern/Eltern verabschieden konnten.

Ich bin hier zur Schule, in die Lehre und ins Militär gegangen. Ich kenne meine Wurzeln … aber ich kenne auch mein Vaterland. Das Vaterland Schweiz, welches mir mit einer solchen Infrastruktur und einem derartigen politischen Grundprinzip so vieles ermöglicht hat.

Meine Eltern und ich sind der Schweiz zu lebenslangem Dank verpflichtet. Die Schweiz hat uns damals, in einer durch eine marxistische Diktatur verursachten Situation des Leides und der daraus entstandenen Trennung unserer geliebten Familie, in einer überdurchschnittlich humanen Asylpolitik mit viel Menschenwärme und Hilfsbereitschaft aufgefangen. Darum darf ich heute ein stolzer Schweizer sein. Teil eines Systems, das vieles ermöglicht und fair zu jedem Menschen ist, wenn er es denn nicht ausnutzt.

Dass nun genau dieses System durch Asylmissbrauch nach Strich und Faden ausgebeutet wird, geht mir als ehemaligem Betroffenen wohl näher, als einem Politiker, der einen Sozialstaat propagiert, ohne diesen jemals wirklich erlebt zu haben. Darum bin ich der SVP beigetreten. Sie vertritt als einzige Partei den Volkswillen und ist bereit auf den Tisch zu hauen, nicht zu kuschen, wenn es zuviel des Guten wird.

Ich bin stolz auf die SVP und stolz darauf, Schweizer zu sein. Ich wähle Hans-Ueli Vogt in den Ständerat und das sollten Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch tun.

Balazs Gyorgy,
Langnau am Albis

LESERBRIEF

## Gedanken zum Bericht «Missbrauch der Sozialhilfe stoppen, Hilfe für die wirklich Bedürftigen sichern»

Ich störe mich immer wieder an den SKOS-Richtlinien. Da geht es darum, wieviel ein Bedürftiger zugute hat, ein Grundeinkommen, was faktisch schon durch die Hintertüre realisiert ist.

Beispiel aus der Praxis: Bei der Lehrtochter (1. Lehrjahr) einer Bekannten sind nach einem guten Beginn die Leistungen und Schulnoten plötzlich im Keller. Die Eltern haben nichts mehr zu sagen, die Dame ist unterdessen 18. Bei Gesprächen kam heraus, dass ihre Kollegin, die die Lehre geschmissen hat, unterdessen mehr Zeit und Geld für den Ausgang hat, bezahlt von der Sozialhilfe.

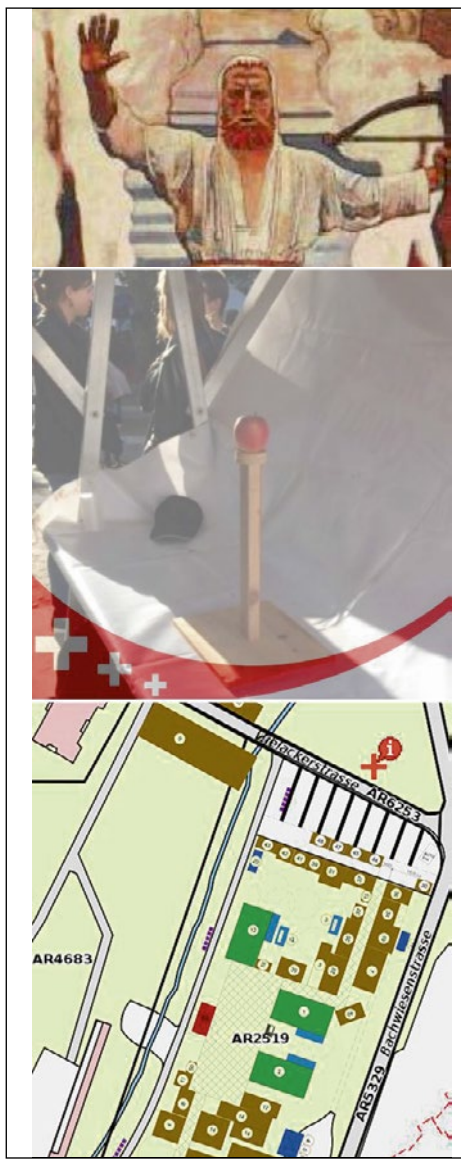
Da frag ich mich, wie kann man einen Jugendlichen noch motivieren, ins Berufsleben einzutreten und eine Lehre zu absolvieren?

Beispiel Asylbewerber: Ich frage mich immer wieder, woher die Asylbewerber das Geld für die Schlepper haben. Übersteigen die Preise doch das Jahreseinkommen um ein Mehrfaches. Da kann man in Zeitungen lesen, dass sie sich für die Überfahrten bei Verwandten verschulden mussten. Die Bewerber wissen auch, in welche Gemeinde oder Stadt sie gehen wollen. Verwandte leben schon dort. Da frage ich mich, bezahlt das Sozialamt schlussendlich die Schlepper?

Für Arbeitsscheue und Asylbewerber müssen folgende Punkte angegangen werden:

- Cashkarten anstelle von Bargeld, die nur in bestimmten Geschäften in der Region (Lebensmittel, Kleider) verwendbar sind. Mit der heutigen Technik problemlos möglich.
- Handyverbote, Einzug der Geräte von Asylbewerbern und Rückgabe nach Abschluss des Asylverfahrens. Dasselbe gilt für andere Wertgegenstände (Schmuck etc.), die für das tägliche Leben nicht benötigt wird.
- Geldflusskontrolle, Transferverbot ins Ausland
- Verpflichtungen für Arbeiten in der Gemeinde.
- Autofahrverbot

Roger Miauton,
Gemeinderat, Illnau


SVP

Tell's Apfelschuss
am „Chreis9fäscht“

28.8.–
30.8.2015

Bachwiesen 8047
Zürich
Albisrieden


## Auslandschweizer auf JSVP-Liste

ZB. Die Auslandschweizer-Sektion der Schweizerischen Volkspartei ist stolz, neben eigenen Nationalrats-Listen in sieben Kantonen auch in den Kantonen Zürich, St. Gallen und Solothurn eigene Kandidaten auf SVP-Listen stellen zu können. In Zürich stellen sich mit Björn Stahel (Ökonom, Jg. 1984, wohnhaft in Oslo, Norwegen) und Pascal Kesseli (Doktorand Informatik, Jg. 1987, wohnhaft in Oxford, England) zwei junge, engagierte Auslandschweizer auf der Liste der Jungen SVP zur Wahl in den Nationalrat.


Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook

www.facebook.com/svpzuerich


**Für Nationalratskandidatinnen und Kandidaten und weitere interessierte Personen**

# Schulungskurse für den erfolgreichen Wahlkampf

Wer gewählt werden möchte, muss sich den Wählerinnen und Wählern gut präsentieren können. Dabei ist der «erste Eindruck» entscheidend. Doch der «erste Eindruck» hat nur eine Chance! Wie nutze ich diese für mich mit den richtigen Themen, den überzeugenden Argumenten, dem gewinnenden Auftritt und dem besten Wahlkampf auf der Strasse?

Die SVP des Kantons Zürich bietet Ihnen dazu folgende Kurse an:

Alle Kurse finden in der Geschäftsstelle der SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, statt.

Die Kurskosten pro Teilnehmer und Kurs betragen: CHF 35.–

**Die SVP-Themen im NR-Wahlkampf**
Kursleiter: Alexander Segert, Geschäftsführer GOAL AG
Datum: Donnerstag, 27. August 2015, 19.00 Uhr

**Strassenwahlkampf und Haustürbesuche**
**Wahlkämpfe werden auf der Strasse gewonnen. Doch wie spreche ich Passanten erfolgreich an? Wir zeigen wie.**

Kursleiter: Alexander Segert, Geschäftsführer GOAL AG
Datum: Mittwoch, 2. September 2015, 19.00 Uhr

---

## Anmeldetalon für den Schulungskurs

☐ **SVP-Themen im NR-Wahlkampf**
☐ **Strassenwahlkampf und Haustürbesuche**

Name: ..... Vorname: .....
Strasse: ..... PLZ, Ort: .....
Tel: ..... E-Mail: .....

Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf,
Fax: 044 217 77 65 oder E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch

# Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**

Komme bei Ihnen vorbei.

**Tel. 044 822 26 11**

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

«Weitsicht, Zuversicht, Aussicht»

SCHWEIZER QUALITÄT – Sichere Zukunft in Freiheit – SVP Bezirk Hinwil

TOGGENBURG – SVP – Mein Zuhause – Unser Toggenburg

SCHWEIZER QUALITÄT – SVP – Die Partei des Mittelstandes – svp-thurgau.ch – Bezirkspartei Münchwilen

## Gipfeltreffen 2015

Referate aus Bund, Kanton & Landwirtschaft:

**Ueli Maurer, Bundesrat Kt. ZH**
**Hans-Ueli Vogt, Ständeratskandidat Kt. ZH**
**Thomas Müller, Ständeratskandidat Kt. SG**
**Roland Eberle, Ständerat (bisher) Kt. TG**

## Sonntag, 6. Sept. 2015 11:00 Uhr

Im Festzelt auf dem «Jakobsberg» oberhalb Bäretswil.
(ab Dorfeingang signalisiert)

Festwirtschaft ab 10:30 Uhr

Wir freuen uns auf einen informativen und geselligen Tag mit Ihnen, liebe SVP-Mitglieder, Sympathisanten, Freunde, Bekannte und Familien mit Kindern (Spielmöglichkeiten).

Ihre SVP-Bäretswil und SVP Bezirk Hinwil

# KLEININSERATE

**WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL**

**Kaufe alle Autos, Busse, Lieferwagen etc. Gute Barzahlung, gratis Abholung. Tel. 079 613 79 50 auch SA/SO.**

**IHR KLEININSERAT**

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

**www.stutz-druck.ch/kleininserate**

| Preise | ZÜRCHER BAUER | ZÜRCHER BOTE |
|---|---|---|
| Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm) | Fr. 22.– | Fr. 38.– |
| Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm) | Fr. 33.– | Fr. 57.– |
| Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm) | Fr. 44.– | Fr. 76.– |

**Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.**

**Einsendeschluss**
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

**Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11**

SCHWEIZER QUALITÄT – SVP – Die Partei des Mittelstandes

## Kantonales SVP-Schiessen 2015

11. bis 13. September 2015
in Regensdorf/Watt

**Jetzt anmelden:**
**www.svp-zuerich.ch/svp-schiessen**

SCHWEIZER QUALITÄT – SVP – Die Partei des Mitte standes

## Einladung zur öffentlichen Veranstaltung

*Im Saal des alten Gemeindehauses, Dorfplatz 2, Hagenbuch*

*Mittwoch, 19. August 2015, 20.00 Uhr*

**Es referieren zu aktuellen Themen und beantworten Fragen aus dem Publikum:**

**Therese Schläpfer**
*Gemeindepräsidentin Hagenbuch / Nationalrats-Kandidatin SVP*

**Alfred Heer**
*Nationalrat SVP Zürich Parteipräsident*

**Martin Hübscher**
*Kantonsrat SVP Bertschikon / Nationalrats-Kandidat*

Im Anschluss an die Veranstaltung wird ein Apéro offeriert.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

**SVP Hagenbuch – Schneit**

## Wunderbare Glacé – spannende Gespräche

**Auch 2015 ist die SVP Zollikon mit ihrem beliebten Glacéstand an der Zolliker Chilbi engagiert. Lernen Sie unsere Exponenten kennen und geniessen Sie ein feines Glacé!**

| Chilbisamstag, 15. August | Chilbisonntag, 16. August | Chilbimontag, 17. August |
|---|---|---|
| **Thomas Matter,** 12-14 Uhr, Nationalrat | **Katia Weber,** 12-14 Uhr, Nationalratskandidatin JSVP | **Hans Fehr,** 17-19 Uhr, Nationalrat |
| **Hans-Peter Amrein,** 12-14 Uhr, Kantonsrat | **Roger Köppel,** 14-15 Uhr, Nationalratskandidat | **Wolfram Kuoni,** 19-21 Uhr, Nationalratskandidat |
| **Wolfram Kuoni,** 12-14 Uhr, Nationalratskandidat | **Christoph Mörgeli,** 14-16 Uhr, Nationalrat | |
| **Ernst Schibli,** 14-16 Uhr, Nationalrat | **Hans Egloff,** 14-16 Uhr, Nationalrat | |
| **Natalie Rickli,** 15-18 Uhr, Nationalrätin | **Barbara Steinemann,** 15-19 Uhr, Kantonsrätin / Nationalratskandidatin | |
| **Gregor Rutz,** 15-18 Uhr, Nationalrat | **Alfred Heer,** 16-18 Uhr, Nationalrat | |
| **Patrick Walder,** 17-20 Uhr, Gemeinderat / Nationalratskandidat | **Jürg Stahl,** 16-18 Uhr, Nationalrat | |
| **Jürg Trachsel,** 18-21 Uhr, Kantonsrat / Nationalratskandidat | **Martin Haab,** 18-21 Uhr, Kantonsrat / Nationalratskandidat | |
| **Hans-Ueli Vogt,** 19-21 Uhr, Kantonsrat / Ständeratskandidat | **Bruno Walliser,** 18-21 Uhr, Kantonsrat / Nationalratskandidat | |

**Die richtige Wahl am 18. Oktober für eine bürgerliche, glaubwürdige Politik**

**Liste 1** SCHWEIZER QUALITÄT – SVP – Die Partei des Mittelstandes

SVP/BGB MEILEN

## „Die Schweiz im Wahljahr – eine Standortbestimmung“

**Referat von Nationalratskandidat**

## Roger Köppel

Montag, 20. August, 2015, 20.00 Uhr,
**im Schützenhaus Büelen**, Meilen

Begrüssung durch Barbara Kluge, Präsidentin der SVP/BGB Meilen

Wir laden Sie, Ihre Familie und Freunde zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich ein und freuen uns auf Ihren Besuch.

## Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

## SVP-KANTONSRATSFRAKTION

**Kantonsrat / Fraktion**
Montag, 17. August 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

## SVP-STAMM

**Bezirk Affoltern / Aeugst**
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

**Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

**Bezirk Bülach / Embrach**
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

**Bezirk Horgen / Oberrieden**
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

**Bezirk Meilen / Meilen**
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

**Bezirk Uster / Uster**
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

**Junge SVP Kanton Zürich**
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

**Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur**
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

**Stadt Zürich / Kreis 1 und 2**
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

**Stadt Zürich / Kreis 3**
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 4 und 5**
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 6**
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich / Kreis 12**
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

## SVP-VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Affoltern / Hausen am Albis**
Samstag, 26. September 2015, ab 10.00 Uhr, Hotel Löwen, im Saal, Albisstrasse 2, Hausen am Albis, «Zmörgeli mit Mörgeli» und «Ghackets mit Matterhörnli», Brunch. 11.15 Uhr: Nationalräte Christoph Mörgeli und Thomas Matter: «Voller Einsatz für die Schweiz», Diskussion, Fragen. Anschliessend Musik: «Willis Wyberkapelle». Jedermann ist herzlich eingeladen.

**Bezirk Affoltern / Wettswil am Albis**
Mittwoch, 30. September 2015, 20.00 Uhr, Singsaal Schulhaus Mettlen, Wettswil, Podiumsveranstaltung mit Nationalrat Gregor Rutz und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (SVP).

**Bezirk Bülach**
Mittwoch, 19. August 2015, 19.30 Uhr, Kafi im Tänn, Wiesgasse 6, Wallisellen, Delegiertenversammlung. Anschliessend gemütlicher Höck mit Nationalrat Hans Fehr und den Nationalratskandidaten Romaine Rogenmoser, Hans-Ulrich Lehmann und Matthias Hauser.

**Bezirk Bülach / Dietlikon**
Samstag, 22. August 2015, 10.00–18.00 Uhr, Im Zentrum, Dietlikon, Dorfmarkt mit SVP-Stand. Anwesend ist von 10.00-11.30 Uhr u.a. NR Hans Fehr.

**Bezirk Bülach / Wallisellen**
Samstag, 29. August 2015, ab 10.00 Uhr, Wirtschaft zum Doktorhaus, Alte Winterthurerstrasse 31, Wallisellen, im grossen Doktorhaus-Saal, «Zmörgeli mit Mörgeli» und «Ghackets mit Matterhörnli», Brunch. 11.15 Uhr: Nationalräte Christoph Mörgeli und Thomas Matter: «Voller Einsatz für die Schweiz», Diskussion, Fragen. Anschliessend Musik: «Wyberkapelle». Jedermann ist herzlich eingeladen.

**Bezirk Dielsdorf / Bachs**
Samstag, 12. September 2015, ab 10.00 Uhr, Huebhof, Fam. R. + W. Erb-Graf, Hueb 8, Bachs, «Zmörgeli mit Mörgeli» und «Ghackets mit Matterhörnli», Brunch. 11.15 Uhr: Nationalräte Christoph Mörgeli und Thomas Matter: «Voller Einsatz für die Schweiz», Diskussion, Fragen. Anschliessend Musik: «Willis Wyberkapelle». Jedermann ist herzlich eingeladen.

**Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf**
Donnerstag, 20. August 2015, 17.30–19.30 Uhr, Schützenhaus Dielsdorf, Nassenwilerstrasse (beim Feuerwehrgebäude), Probeschiessen für das SVP-Schiessen, kostenlos, ab 10 Jahren. Restaurantbetrieb mit Wurst, Salat und Kuchen.

**Bezirk Dietikon / Dietikon**
Montag, 24. August 2015, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Hotel Sommerau, Dietikon, Parteiversammlung mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt, Nationalrat Hans Egloff und Nationalratskandidat Pierre Dalcher. Steigen die Steuern in Dietikon? Um 5 % oder 10 %? Rolf Schaeren, Finanzvorstand Stadt Dietikon, nimmt Stellung.

**Bezirk Hinwil**
Sonntag, 6. September 2015, 11.00 Uhr, im Festzelt auf dem «Jakobsberg» oberhalb Bäretswil, ab Dorfeingang signalisiert, Gipfeltreffen 2015, Referate aus Bund, Kanton & Landwirtschaft: Ueli Maurer, Bundesrat, Hans-Ueli Vogt, Ständeratskandidat Kt. ZH, Thomas Müller, Ständeratskandidat Kt. SG und Roland Eberle, Ständerat Kt. TG. Festwirtschaft ab 10.30 Uhr.

**Bezirk Hinwil / Dürnten**
Samstag, 5. September 2015, ab 10.00 Uhr, Garten-Center Meier, Kreuzstrasse 2, Dürnten, in Meiers Restaurant, «Zmörgeli mit Mörgeli» und «Ghackets mit Matterhörnli», Brunch. 11.15 Uhr: Nationalräte Christoph Mörgeli und Thomas Matter: «Voller Einsatz für die Schweiz», Diskussion, Fragen. Anschliessend Musik: «Willis Wyberkapelle». Jedermann ist herzlich eingeladen.

**Bezirk Meilen / Küsnacht**
Donnerstag, 27. August 2015, 19.30 Uhr, Reformiertes Kirchengemeindehaus, Untere Heslibachstrasse 5, Küsnacht, Nationalratskandidat Roger Köppel zum Thema «Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr».

**Bezirk Meilen / Oetwil am See**
Samstag, 10. Oktober 2015, 10.00 Uhr, Weinbaumuseum J. Grimm, Holzhusen 16, Oetwil am See, in der Holzerstube, «Zmörgeli mit Mörgeli» und «Ghackets mit Matterhörnli», Brunch. 11.15 Uhr: Nationalräte Christoph Mörgeli und Thomas Matter: «Voller Einsatz für die Schweiz», Diskussion, Fragen. Anschliessend Musik: «Echo vom Pfannenstiel». Jedermann ist herzlich eingeladen.

**Bezirk Meilen / Stäfa**
Donnerstag, 3. September 2015, 17.00 Uhr, Terrasse des Gasthauses zur Metzg, Stäfa, SVP-Feierabendtreffen mit Nationalräten und Nationalratskandidaten der SVP und der Jungen SVP des Kantons Zürich sowie a. Bundesrat Christoph Blocher und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt. Eröffnungsmusik: «Alderbuebe». Essen und nichtalkoholische Getränke werden offeriert.

**Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon**
Sonntag, 30. August 2015, ab 9.30 Uhr, Tabakschüür, Kindhauserstrasse, Bisikon, SVP Buure-Zmorge mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt, Nationalrat Alfred Heer und den Nationalratskandidaten Stefan Krebs und Wolfram Kuoni. Eintritt pro Erwachsener: Fr. 25.–, Kinder ab 10 Jahren: Fr. 1.– pro Altersjahr. Anmeldung unter: www.buure-zmorge.ch

**Bezirk Pfäffikon / Lindau**
Sonntag, 23. August 2015, Nachmittag, Lindauer Chilbi, SVP Lindau mit einem Zelt, feine Pizzen und Gerstensuppe. Mit Nationalrätin Natalie Rickli, Nationalratskandidatin Barbara Steinemann und Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

**Bezirk Uster / Uster**
Mittwoch, 26. August 2015, 21.00 Uhr, Forsthaus Mühleholz, Haldenstrasse, Uster, Referat von Nationalratskandidat Roger Köppel. Grillieren und Versammlung ab 19.00 Uhr.

**Bezirk Winterthur / Hagenbuch**
Mittwoch, 19. August 2015, 20.00 Uhr, im Saal des alten Gemeindehauses, Dorfplatz 2, Hagenbuch, Referate zu aktuellen Themen von Nationalrat Alfred Heer und den Nationalratskandidaten Therese Schläpfer und Martin Hübscher (SVP). Anschliessend Apéro.

**Stadt Winterthur / Wülflingen**
Samstag, 19. September 2015, 9.00 Uhr, Restaurant Taverne zum Hirschen (Saal), am Lindenplatz, Winterthur-Wülflingen, Diskussion bei Kaffee und Gipfeli mit den Nationalräten Natalie Rickli, Thomas Matter und Jürg Stahl, mit den Nationalratskandidaten Therese Schläpfer, Daniel Oswald, Martin Hübscher und Wolfram Kuoni sowie Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

Dienstag, 29. September 2015, 19.00 Uhr, in der First Choice Bar, am Lindenplatz, Winterthur-Wülflingen, Diskussion bei einem Bier mit den Nationalräten Natalie Rickli und Jürg Stahl und den Nationalratskandidaten Therese Schläpfer, Daniel Oswald, Martin Hübscher und Wolfram Kuoni.

**Stadt Zürich**
Dienstag, 1. September 2015, 20.00 Uhr, Hotel Landhus, Zürich-Seebach, Wahlveranstaltung zum Thema «Asylchaos stoppen» mit Nationalrat Alfred Heer und den Nationalratskandidaten Mauro Tuena, Therese Schläpfer und Konrad Langhart.

Dienstag, 22. September 2015, 6.30 Uhr, Bahnhof Stadelhofen, Zürich, Flyeraktion mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt und Nationalratskandidaten.

Dienstag, 22. September 2015, 17.30 Uhr, Bahnhof Enge, Zürich, Flyeraktion mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt und Nationalratskandidaten.

**Stadt Zürich und Kreis 11**
Sonntag, 27. September 2015, 10.00-14.00 Uhr, auf dem Bauernhof von Albert Schumacher im Affoltemer Unterdorf, Zürich, Herbstbrunch. Reichhaltiges Buffet, Folklore Musik, Fahnenschwingen, Alphornbläser. Mit den Nationalräten Alfred Heer und Gregor Rutz und den Nationalratskandidaten Roger Liebi und Mauro Tuena.

## IMPRESSUM

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701 ISSN 2296–3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

**Stadt Zürich / Kreis 7 und 8**
Dienstag, 25. August 2015, 18.15–19.45 Uhr, Hotel Zürichberg, Orellistrasse 21, Zürich, Wahlapéro mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt, Nationalrat Gregor Rutz und den Nationalratskandidaten Roger Liebi, Roland Scheck und Mauro Tuena.

**Stadt Zürich / Kreis 9**
Freitag, 28. August 2015 bis Sonntag, 30. August 2015, Albisrieden, Zürich, «Chreis Nüün Fäscht», SVP Kreispartei Zürich 9 mit einem Stand «Tell's Apfelschuss».

**Stadt Zürich / Kreis 12**
Donnerstag, 27. August 2015, 17.00–20.00 Uhr, Vorplatz Migros-Schwamendingen beim Schwamendingerplatz, Wahlkampf-Standaktion.

Samstag, 5. September 2015 bis Sonntag, 6. September 2015, Höhe Stettbachstrasse 40, «Schwamedinger Chilbi», Speis und Trank mit Live-Unterhaltung im SVP-Festzelt.

Donnerstag, 17. September 2015, 17.00–20.00 Uhr, Vorplatz Migros-Schwamendingen beim Schwamendingerplatz, Wahlkampf-Standaktion.

Samstag, 26. September 2015, 09.00–12.00 Uhr, Vorplatz Migros-Schwamendingen beim Schwamendingerplatz, Wahlkampf-Standaktion.

Samstag, 3. Oktober 2015, 09.00–12.00 Uhr, Vorplatz Migros-Schwamendingen beim Schwamendingerplatz, Wahlkampf-Standaktion.

Samstag, 10. Oktober 2015, 09.00–12.00 Uhr, Vorplatz Migros-Schwamendingen beim Schwamendingerplatz, Wahlkampf-Standaktion.

## SVP-FRAUEN

**SVP-Frauen Stadt Zürich**
Freitag, 4. September 2015, 13.30–19.00 Uhr, Waffenplatz Thun, Informationsveranstaltung des Chefs der Armee für Frauen in Führungspositionen, Armee und Wirtschaft: Ungleiches Paar oder Zweckgemeinschaft mit gegenseitigem Nutzen? 11.45 Uhr: Treffpunkt HB Zürich, Fahrt nach Thun 12.02 Uhr, Gleis 15. Mitnehmen: Mittagessen und Trinken aus dem Rucksack, dem Wetter entsprechende Kleidung, gültiges Bahnbillet. Anmeldung bis 26. August 2015 an margrit.haller@gmail.com oder 079 336 60 85.

Donnerstag, 17. September 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

## WEITERE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 15. August 2015, 10.00 Uhr, im Hotel Marriott, Neumühlequai 42, Zürich, Öffentliche Veranstaltung zum Thema «Stopp dem Asylchaos» mit Nationalrat Christoph Mörgeli, alt Bundesrat Christoph Blocher und Nationalratskandidat Roger Köppel.

Montag, 17. August 2015, 20.00 Uhr, Volkshaus Zürich, Weisser Saal, Podiumsveranstaltung zum Thema «Sozialhilfe wie weiter?» mit Nationalratskandidat Claudio Zanetti (SVP), Stadträtin Beatrix Jud, Gemeinderätin Min Li Marti (SP) und Stadtrat Raphael Golta (SP). Moderation: Dorothee Vögeli, Redaktorin NZZ. Eine Veranstaltung der SP Stadt Zürich.

Samstag, 19. September 2015, 17.00 Uhr (Türöffnung 16.00 Uhr), Thurgauerhof, Weinfelden, Herbstveranstaltung mit Alt-Bundesrat Christoph Blocher, Würdigung dreier Persönlichkeiten aus dem Thurgau: Johann Konrad Kern, Adolf Dietrich und Alfred Huggenberger und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz. Eintritt frei, musikalische Umrahmung, kleiner Imbiss. Ausstellung von Originalwerken Adolf Dietrichs aus Privatbesitz.

## MOTORRAD-CLUB SVP

**Ausfahrten**
Sonntag, 13. September 2015, **4. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

**Englandtour**
Mittwoch, 12. August 2015 bis Sonntag, 23. August 2015, Cornwall, Süd-England. Nähere Angaben folgen.

**Stämme**
Donnerstag, 3. September 2015, 19.00 Uhr, Landgasthof Halbinsel Au, **5. Stamm.**

## VERANSTALTUNGEN MIT STÄNDERATSKANDIDAT HANS-UELI VOGT

**Bezirk Bülach / Rafz**
Samstag, 12. September 2015, ab 18.00 Uhr, hinter dem Gemeindehaus Rafz (bei schlechter Witterung im Gemeindehauskeller), Referat von Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt zum Thema: «Einstehen für die Schweiz im Wahljahr 2015». Öffentliche Veranstaltung.

**Bezirk Dielsdorf / Schöfflisdorf-Oberweningen-Schleinikon**
Mittwoch, 2. September 2015, 20.00 Uhr, Gemeindesaal in Schleinikon, Vorträge von Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt und Nationalratskandidat Roger Köppel.

**Bezirk Dietikon / Dietikon**
Mittwoch, 19. August 2015, 20.00 Uhr, Restaurant Sommerau, Dietikon, Podiumsdiskussion zum Thema «Landesrecht vor Völkerrecht». Mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (SVP) und Nationalrätin Doris Fiala (FDP). Gesprächsleitung: Jürg Krebs, Chefredaktor «Limmattaler Zeitung».

**Bezirk Horgen / Kilchberg**
Montag, 7. September 2015, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), ev.-ref. Kirchgemeindehaus, Stockenstrasse 150, Kilchberg, Öffentliche Veranstaltung zu den Ständerats- und Nationalratswahlen. Mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (SVP), Nationalrat Hans Egloff (SVP) und den Nationalratskandidaten Jürg Trachsel (SVP) und Hans Ulrich Bigler (FDP).

**Bezirk Pfäffikon / Russikon**
Freitag, 11. September 2015, ab 18.30 Uhr, im Schützenhaus Russikon, Russiker Herbst Party mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt.

**Stadt Zürich**
Montag, 17. August 2015, 19.30 Uhr, Kaufleuten, Klubsaal, Pelikanplatz, Zürich, Podium zum Thema: Landesrecht vor Völkerrecht? Stellen wir sogar Menschenrechte zur Disposition? Teilnehmer: Nationalratskandidat Roger Köppel (SVP), Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt (SVP), Nationalrätin Doris Fiala (FDP) und Nationalrat Daniel Jositsch (SP). Moderation: Eric Gujer.

**Stadt Zürich / Kreis 11**
Freitag, 28. August 2015, 18.00 Uhr, Voléro-Lounge, Binzmühlestrasse 80, Zürich, Polit-Apéro mit Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt: «Schweizer Recht statt fremde Richter».